

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köstebn.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köstebn.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köstebn Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektortext 20 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bantoreten Aetern.

Nr 17

Sonnabend, den 8. Februar 1930

43. Jahrgang

Youngplan im Reichsrat angenommen.

Die „Vorteile“ des Neuen Plans.

Der Youngplan, den der Reichsrat am 6. Februar angenommen hat, ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Lösung der Reparationsfrage. Der Youngplan ist ein Youngplan, der die Reparationszahlungen für die Vereinigten Staaten ohne die Damesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1907 Millionen) betrage, also mit der Damesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark.

Die Entlastung für 1929 betrage, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommission berücksichtigt, 618,3 Millionen Mark, für 1930 665,1 Millionen Mark, und der Gegenwert der ganzen Reparationszahlung betrage sich auf rund 34 Milliarden Mark zu 5,5 Prozent. Diese Zahlungsart ist richtig. Man könne nicht statt dessen die Annuitäten einfach abbieren und legen, daß unsere Schuld 100 Milliarden betrage. Die jetzige Bemessung der Gesamtsumme auf rund 34 Milliarden Gegenwert erinnert an das Angebot der Regierung Ferdinand Simonis im April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark abging, der bisherige deutsche Reparationsplan dagegen sei, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Milliarden Gegenwert übriggeblieben wäre. Die Jahreszahlungen seien wesentlich geringer als die, zu denen wir jetzt auf Grund des Londoner Abkommens von 1920 verpflichtet sind. Sollten wir den Neuen Vertrag ab, so ließe bis auf weiteres der alte in Kraft. Das sei der Kernpunkt. Mit der Annahme des Neuen Plans höre

die unnötige Finanzkontrolle

auf. Vier Gründe, und zwar erstens die sofortige Ermäßigung der Gesamtsumme um zunächst rund 700 Millionen, zweitens die Möglichkeit, bei weiterer ungenügender Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, drittens die faktographischen wirtschaftlichen Folgen einer Abkehr, viertens der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der ungenügenden Gesamtsumme die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Die Ausschüsse hätten sich ferner davon überzeugt, daß nach dem Neuen Abkommen die Sanctionsklausel des Versailler Vertrags hinsichtlich der Reparationszahlungen und Reichsanwaltschaft nicht mehr deutsche Unternehmungen mit rein deutschen Vorständen und Verwaltungen.

Für die bayerische Staatsregierung bedauerte der bayerische Ministerpräsident Held,

daß im Ausmaß der bayerische Verlangen Antrag abgelehrt worden sei. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden treibe eine Katastrophe zu. Die durch die vorerwähnte Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen. Überdies sei das Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu verantworten, wenn nicht im gleichen Zeitpunkt, wenigstens Vorzüge für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden getroffen sei.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

wandte sich gegen die Forderung des Vorredners, daß das neue Abkommen auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut sei. Dazu habe er zu erklären:

Erstens habe die gegenwärtige Reichsregierung wie alle anderen Regierungen das Kriegsschuldverhältnis des Versailler Vertrags Einpruch erhoben und werde alles daran setzen, um die Wahrheit aus Licht zu bringen; zweitens hätte die deutsche Reichsregierung niemals einen Vertrag unterzeichnet, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldverhältnisses in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die ernstlichen Bemühungen der Reichsregierung, die Sanierungsfrage zu lösen und eine durchgreifende Sanierungsreform vorzubereiten. Die Arbeiten seien so weit gefördert, daß heute das Reichsministerium sich mit seinen Vorständen zum Haushalt 1930 beifügigen werde. Ende nächster Woche werde er mit den Finanzministern der Länder beraten, vor allem über die Befreiung der Raftennote.

Die Abstimmung.

Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der Neue Plan mit 48 gegen 6 Stimmen (Zwischen, Dreyer, von Rheinbaben, Hildebrandt und Bonner) und bei 12 Enthaltungen (Sauer und Medicus-Schwerin) angenommen.

Befreiung der Sanctionsbestimmungen.

Eine Stellungnahme der Reichsregierung.

— Berlin, 7. Februar.

Ingefolgt der gegenwärtigen Erörterungen über die Sanctionsfrage nimmt die Reichsregierung selbst zu der Haager Sanctionsverhandlungen in der

Denkschrift zu dem Geleitentwurf über die Haager

Stellung. In dieser Denkschrift wird u. a. ausgeführt: „Es handelt sich bei dem Haager Abkommen nicht um einen Vertrag, der einen bestimmten Fragenkomplex zum ersten Male regelt.“

Vielmehr war es die Aufgabe des Abkommens, eine in Kraft befindliche frühere Regelung zu ändern, die politische Sanctionsbestimmungen enthielt.

Die im Haager Abkommen selbst und in dem ersten Teil der Erklärungen getroffenen Feststellungen enthielten noch eine Lücke, die, wenigstens vom prinzipiellen Standpunkt aus, bedenklich war. Es erob sich nämlich die Frage, ob nicht die Gegenleistung eines Tages mit der Behauptung hervortreten könne, daß Deutschland sich durch sein ganzes Verhalten außerhalb des Neuen Planes gestellt habe, daß es sich infolgedessen nicht mehr auf

die besonderen Regeln und Verfahrensarten dieses Planes berufen könne und daß automatisch die früheren Vertragsbestimmungen wiederanleuten. Sollte das Sanctionsproblem von Grund aus gelöst werden, so müßte auch gegenüber einer solchen Möglichkeit Sicherungen geschaffen werden. Das konnte nicht anders gelassen als dadurch, daß die Voraussetzungen, unter denen man zurück zu einer Anwendung des ganzen Regimes des Neuen Planes sprechen dürfte, klar definiert wurden, daß ferner die Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen oder nicht, der Entscheidung einer unparteiischen Instanz übertragen wurde.“

Gemeinames Vorgehen der Mächte.

„Mitte man verlassen wollen, ausdrücklich festzustellen, daß die Gläubigermächte oder wenigstens die Hauptgläubigermächte von der Handlungsfreiheit nur gemeinsam Gebrauch machen dürfen. So hätte die Notwendigkeit gegeben, über die Herabsetzung der Lebervereinbarung und über den Fall der Maßnahmbestimmung genauer Bestimmungen zu vereinbaren.“

Mit Bestimmungen solcher Art hätte man sich, wenigstens im Prinzip, doch nicht dem alten Sanctionsregime genähert.

Auch der Gedanke, die Anrufung des Gerichtshofes selbst nur der Gesamtheit der Gläubigermächte oder der Hauptgläubigermächte zu gestatten, ließ sich nicht verwirklichen. Einmal würde es auch bei einem Vertrage, an dem auf der einen Seite eine Mehrheit von Mächten beteiligt ist, nicht dem Willen eines internationalen Rechtsverfahrens entgegenstehen, die Entscheidung eines solchen Verfahrens an einer gemeinsamen Mehrheit dieser Mächte zu binden. So ist auch die Anrufung des Schiedsgerichtes des Neuen Plans, wie in Ziffer 96 des Berichts der Sonderkommission ausdrücklich betont wird, einer einzelnen Gläubigermacht gehalten.

Wichtiger aber ist, daß eine Bindung der erwähnten Art nicht einmal dem deutschen Interesse entgegenstehen haben würde. Das nach dem Stichtag des Haager Abkommens gegessene Interventionsrecht jeder an den Vereinbarungen beteiligten Macht gibt die volle Möglichkeit, etwaige Verletzungen in der Haltung der Gläubigermächte zur Auswirkung gelangen zu lassen.“

Annahme des Reichsanwaltschafts und des Reichshofes.

Im weiteren Verlauf der Reichstagsitzung wurde das Reichsanwaltschafts angenommen,

und zwar mit einem Antrag der Stadt Berlin, wonach Schuldverordnungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollen wie die des Reiches oder die der Länder. Der Antrag Berlin wird mit 38 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärt, daß sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalten hat. Das Reichsanwaltschafts wird dann mit der dazu beantragten Entscheidung in einfacher Abstimmung angenommen.

Ohne Aussprache wird dann auch das Reichshofes mit Mehrheit angenommen, ebenso das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.

Auch das Polenabkommen angenommen.

Frelherr von Gant erklärte, das deutsch-polnische Abkommen sei für die Vertreter des deutschen Ostens unannehmbar. Jeder dieses Abkommen sollte daher gelobt abgelehnt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius betonte, für die Reichsregierung würde eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens unannehmbar sein.

Ein offener Antrag auf Streichung des deutsch-polnischen Abkommens aus dem Gesetz wird abgelehnt, und zwar mit 37 gegen 21 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Polen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Nieder-Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Mecklenburg-Schwernin. Enthalten haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

Die unveränderte Abstimmungsliste wurde mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

In London: Die Schiffsfrage.

Amerikanisch-englische Verständigung.

— London, 6. Februar.

Die Vereinigten Staaten und England sind übereingekommen, im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von zehn Jahren eintreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen, unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen auf weitere fünf Jahre, bis Ende 1936, verlängert wird. Diese Verständigung soll auf der Konferenz erst bei Beratung der Schiffsfrage allen Beteiligten vorgelegt werden.

Der japanische Vertreter ist jedoch bereits verständig worden. Man erwarde, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer versuchen weiter eine Einschränkung der U-Boot-Waffe zu erreichen an Stelle der Abschaffung und, wie verlautet, die Tonnage für die Klasse auf 100.000 Tonnen zu begrenzen, während Frankreich 124.000 Tonnen fordert.

Kritische Lage der Flottenkonferenz.

In den Berichten der Morgenblätter über die Verhandlungen der Flottenkonferenz wird jenseitig nur der äußere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird an hellere Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich zum ersten Male

eine neue Front abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während sich Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlosbar erscheine wie bisher.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt sich im Gegensatz dazu, daß die Sitzung in völliger Verwirrung endete und einen roten Punkt der Konferenz nahegekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach Amerika in dem nun langem beginnenden Kampf um Japan den Anfang machen und Versuche über einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

Schober in Rom.

Oesterreich und Italien.

— Rom, 6. Februar.

Der Empfang, den der österreichische Bundeskanzler Schober bei seiner Ankunft in Rom gefunden hat, war überraschend. Eine politische Demonstration. Italien steht in diesem Staatsbesuch des einst beherrschenden Nachbarlandes ein besonderes Kapitel seiner Außenpolitik.

Die Annäherung Italiens an Oesterreich hat im Haag ihren besten Ausdruck gefunden. Italien hat auf weitere Reparationsleistungen Oesterreichs im wesentlichen verzichtet. Das hat dem Wiener Kanzler den großen Erfolg eingetragen. Mit unbedingtem Eifer konnte es feierlichen. Der Kaiser, der sich dem Empfang entgegensteht, zeigte die Freude Oesterreichs darüber, daß es die Kriegsschiffe nun so gut wie losgerodet hat.

Die Antwort Oesterreichs ist der Staatsbesuch Schobers in Rom.

Gewiß, dieser Besuch war längst geplant. Ebenso wie die Reise nach Berlin. Aber daß die Romreise sich unmittelbar der Haager Konferenz anschließt, ist ein symbolischer Akt für sich. Die Ziele, die Italien dabei im Auge hat, sind greifbar. Die italienische Außenpolitik ist seit langem darauf bedacht, ein französisches und bündnislos nach allen Seiten hin auszuweichen, um das Gleichgewicht in Südwesteuropa zu Gunsten Italiens herbeizuführen.

Italiens Spitze richtet sich in allen diesen Punkten immer wieder gegen die kleine Entente, gegen Belgien und Prag, damit gegen Paris. Oesterreich ist darum durchaus willkommen, wenn es, ohne sich allzu stark zu binden, zum mindesten gute Beziehungen zu Rom knüpfen und zu seinen Freunden ziehen. Die in letzter Zeit sehr bemerkbare Annäherung zwischen Wien und Budapest wird darum in Rom nur begrüßt.

Oesterreich kann nur eine Politik des Ausgleichs und des guten Einvernehmens nach allen Seiten hin treiben und gerade wer in Deutschland die immer engere Verbindung des Bundesvolkes mit dem Reich wünscht, wird es begrüßen, wenn dieses Oesterreich sich wieder eine Stellung zu erörtern vermag, die einen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und Wiederaufstieg ermöglichen kann. Neutralität in freundschaftlichem Geiste schließt je die engere Verbindung zwischen Wien und Berlin nicht aus.

Zwischen Wien und Rom liegt Bozen, Südtirol. Wenn die Verhandlungen aus Wien zutreffen, will Schober mit aller Vorliebe, aber doch mit gebotener Deutlichkeit darauf aufmerksam machen, daß für die Entwidlung der österreichisch-italienischen Freundschaft die Stellung Italiens zu Südtirol nicht gleichgültig ist.

Vielleicht, das es möglich ist, einen Modus zu finden, der Italiens nun einmal gegebene Forderungen unter den gewordenen Verhältnissen liefert, daß aber dafür das

Warnung vor Darlehensangeboten. In letzter Zeit erscheinen in den Tageszeitungen vielfach Darlehensangebote, nach deren Vorlaut der Aufgeber des betreffenden Darlehens gleichzeitig auf den Geldgeber zu sein scheint. Inzwischen lassen die Hinweise in diesen Inseraten, wie sein Vermittler keine Provision zahle, diesen Schein auch auf diese Weise wird der Aufgeber durch den Geldgebenden mittelbar mit dem Geldgeber in Verbindung treten und so auf dem kürzesten und einfachsten Wege und ohne Zahlung von Vermittlungsgebühren usw. zum Ziele gelangen können. In Wirklichkeit sind die Aufgeber solcher Angebote nichts weiter als Inseratenhändler für sogenannte „Finanzblättchen“, die Anzeigen (sowohl von Geldgebern als auch von Geldsuchenden aufnehmen, um auf dieser Weise eine „Annäherung“ beider Teile zu ermöglichen. Während einige Unternehmen der vorstehenden Art von ihren Auftraggebern 50 Prozent der Inseratengebühr als Vorzahlung und sieben Kosten erst dann ein, wenn ein Angebot eingegangen ist oder wenn eine „Annäherung“ zwischen Geldsuchenden und Geldgebern herbeigeführt worden ist, Solche Angebote gehen auch stets ein. Sie beinhalten aber ausschließlich in Zeitungsangeboten kleinen Einzelagenten, die ihre Geschäftskarten bei den Herausgebern der Finanzblätter hinterlegen. Diese verpacken dann die bereits bereitgestellten Geschäftskarten in einzelne Umschläge und senden sie den Angelegenen unter Angabe des Namens der Inseraten als angeblich eingegangenes Angebot zu. In ähnlicher Weise kann auch eine leichtere „Annäherung“ zwischen Geldsuchenden und Geldgebern herbeigeführt werden, die den Geldsuchenden zwar zur Bezahlung des Inserates verpflichtet, ihn aber noch lange nicht zu dem gewünschten Geldbetrag verpflichtet. Es muß daher vor solchen Unternehmen immer wieder gewarnt werden. Personen, die auf diese Weise getäuscht oder geschädigt worden sind, werden gebeten, Anzeige bei der Kriminalabteilung zu erstatten.

Abgeben. (Oberamt.) Bei Ausschachtungsarbeiten für die Erweiterung der Warmwasserleitung in der hiesigen Klosterstraße wurden unter der Leitung des Bauinspektors Götter heute vormittag Grabarbeiten gemacht, die hauptsächlich aus dem 16. oder 17. Jahrhundert stammen. Man ist z. B. noch mit der Befragung der Schicht beschäftigt.

Dauerfurt. Nach einer Pause von 4 Monaten ist die Gasfernstellung von Halle nach Gieselen und Dauerfurt in Betrieb genommen worden. Die Leitung führt von Halle über Rietzen, Zeußenthal, Wankleben, Ansdorf nach Oberhirsberg. Von hier zweigt die südliche Linie ab und führt nach Schraplau, Stedden und Dauerfurt. Die nördliche Linie geht über Oberhorn und Hefisa nach Gieselen. Dauerfurt und Gieselen beziehen sich jetzt Gas, während die Ortschaften der kleineren Orte erst bemächtigt werden aufgebaut sein werden, daß mit der Gaslieferung begonnen werden kann. Das Gas wird vom Gaswerk Gölitz geliefert.

Sangerhausen. Einbruch während des Tanzergnügens. In Tilleda (Kreis Sangerhausen) drangen Diebe während eines Tanzergnügens in das Schlafzimmer des Wirtes ein, nachdem sie die Fensterhölzer eingestrichelt hatten. Es fiel ihnen eine Kassetten mit 1500 Mark Bargeld in die Hände. Die Diebe konnten nachmittags entkommen.

Merseburg. Innenministerium und Eingemeindungsfragen. Am 11. Februar wird in Merseburg eine Kommission des Innenministeriums unter Führung des Ministerialrats Dr. von Zeyher eintriften. Die Kommission wird die Eingemeindungsfrage durch das Wirtschaftsgebiet Merseburg-Deuna-Gießetal übernehmen. Dieser Besuch soll im Zusammenhang mit der Eingemeindungsfrage und Umgemeindungsfrage im Merseburger Wirtschaftsgebiet stehen.

Merseburg. Wohnbau 319680 S. Die Stadt Merseburg hat als erste Rate den Betrag von rund 21 000 M. an die Reichsbahn abgeliefert. Sie muß insgesamt 124 000 M. als verzinsliche Darlehen an die Reichsbahn geben. Man rechnet für den Monat März mit dem ersten Spatenstich an dem lange verordneten Werke.

Halle. Die Millionenerbentagen. In Halle fand eine Versammlung der Anwärter der holländischen Brand-Gesellschaft statt. Die Delegation, die in Amsterdam Verhandlungen mit der niederländischen Regierung geführt hat, erkrankte über ihren Erfolg. Sie erklärte, der Abschluß der Abmachungen mit Holland sei noch in diesem Frühjahr zu erwarten. Die Versammlung war von Erben aus allen Teilen Deutschlands besucht.

Erfurt. (Belehrer als Rentner.) Die Erfurter Regierung verlangt von den ihr unterstellten Behörden die allgemeine Verfügung das Aufgeben sämtlicher Mandatendienste für die Genossenschaften. Die Durchführung dieser Verfügung hätte den ländlichen Genossenschaftswesen große Schwierigkeiten gebracht. Den vorliegenden Bemerkungen der Genossenschaften und der ihnen nachstehenden Organisationsstellen ist eine Aufhebung der Verfügung durchzusetzen, so daß die Lehrer vorläufig weiterhin als Mandanten tätig sein dürfen.

Sondershausen. Bergmannsdorf. Auf der Schachtanlage I der Gemersdorf-Gilddorf bei Stöckhausen geriet der Fördermann Erich Wilmann aus Weidoboden zwischen zwei Wagen. Er erlitt schwere Querschnitts- und Wirbelsäulenverletzungen und mußte in den Transport zum Krankenhaus.

Strehlen. Zwischen Pörsch und Wetzlar. Auf dem Luftschiffverkehr zwischen Pörsch und Wetzlar ist der Luftschiffverkehr zwischen Pörsch und Wetzlar aus Gieselen. Kritiker geriet zwischen einem im Abrollen befindlichen Luftschiff und einer Wettertür, wobei er sich einen komplizierten Beinbruch zuzog. Der Verletzte wurde sofort ins Kreisphysikerkrankenhaus Strehlen gebracht.

Halle. Kreis Zeitzsch. Pörsch und Wetzlar. In Halle, Kreis Zeitzsch, Pörsch und Wetzlar sind einem Schwerverletzten, der sich als 17-jähriger aus Halle auswanderte, die Reparatur in der Wohnung auszuführen, zum Opfer gefallen. Für die Arbeit erhielt er in jedem Falle 6,50 Mark, doch die Ähren gehen noch nicht. In einigen Fällen hatte er auch die Ähren mitgenommen, jedoch bis heute nicht wieder zurückbekommen. Da der Schwerverletzte schon im Dezember im hiesigen Orte tätig war, dürften die Zeitzsch-Ähren bereits abgerechnet werden.

Waltershausen. Kreis Schwaga. Tragischer Tod. Auf tragische Weise zu Tode gekommen ist der Arbeiter Christian Kaiser von hier. Er war als Hilfsarbeiter im Walde beschäftigt, als dort sich ihm ein Ast beim Mittagessen ein kleiner Knochen splitter im Hals stecken, der sich nicht entfernen ließ. Kaiser arbeitete zunächst weiter, bis ihn heftige Schmerzen einstellten. Der Arzt konnte den Splitter nicht finden, und Kaiser mußte ins Schwägerer Krankenhaus eingeliefert werden, wo er trotz sofortiger Operation gestorben ist.

Egeln. Erdbeben. Ueberfall. Abends wurde Oberlandjäger Noth mit der Meldung alarmiert, daß gegen 19 Uhr der 20-jährige Arbeiter G. aus Gabelorn auf der Chaussee Egeln-Halsleben, in der Nähe der Feldscheune des Domäne, von der Unbekannten überfallen sei. Vollständig nackt habe er dann mit seinem Hute nach Hause fahren können. Auf die Nachricht hin ging Oberlandjäger N. mit dem Landjägermeister Kortmann sofort auf die Auffassung des angeblichen Ueberfalls. Doch bald stellen die Beamten die Angaben als schwach und unzuverlässig fest. G. hat während im Bett lag, energisch zu Wehre traten, da gab er kleinlaut den Bluff zu. Der Grund zu diesem erdichteten Ueberfall war der: G. hatte sich bei einem Schäferhündchen in Egeln verpetzt und die Nachtschicht vermischt. Um nun einem Donnermetzer zu Hause zu entgehen, mußte der Ueberfall erdichtet werden. Doch einmal mußte G. den Weg zurückmachen und wenigstens seine Kleidungsstücke, die im Chausseegraben verstreut lagen, nach Hause holen.

Halle. Rom eigenen Führer überfahren. Schwer verunglückt ist beim Abfahren von Lannengrün unterhalb der Georgsbrücke der Fuhrwerksbesitzer M. a. m. e. aus Frieddorf. M., der auf dem stark abfalligen Wege neben seinem Gespann einherging, kam bei der Glätte zu Fall, geriet unter das beladene Fuhrwerk und wurde überfahren. Die Pferde setzten lächerlos weiter.

Waltersburg. Verlegung der Harzbahn. Die Verlegung der Harzbahn Waltersburg-Rübeland über Gattelsdorf-Wendebach wird nunmehr definitiv angenommen. Den Bewohnern Waltersburgs wird die Veränderung durch den Fortfall der Stationen „Wendebach“ und „Walt-Mischelsdorf“ weniger Freude machen, indessen bieten sich aber für die Bewohner des Ortes erhebliche Vorteile. Vor allem ist die Erreichung des Profens von der Station Hüttenrode in 4 bis 5 Stunden möglich.

Somm. Das fehlende Schlupflücht. Ein Oberländer fuhr abends nach eingetretener Dunkelheit auf der Nachterstraße nach Hause mit seinem Motorrad auf ein mit Kaugummi beladenes Fuhrwerk aus Gattelsdorf. Der Fahrer wurde auf die Straße geschleudert und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Eine auf dem Weg mitfahrende Frau blieb unverletzt. Der Anprall war mit solcher Heftigkeit erfolgt, daß das Motorrad später aus dem Holz, in das es sich verteilte hatte, herausgeholt werden mußte. Die Schuld an dem Unfall dürfte dem fuhrmann zuzurechnen sein, der an den weit überhöhten Zeiten seiner Forderung kein Schlupflücht angebracht hatte.

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Die Anrufer der letzten Zeit vor der Rüge. In der Sitzung der hamburgischen Bürgerschaft vom 2. Februar wurde der Antrag der Kommunisten auf eine lebhaften Ausdrucks über die Krawalle der letzten Woche. Ein sozialdemokratischer Redner machte dabei die aufsehenerregende Mitteilung, daß die kommunistische Partei den Verwandten des bei den Kundgebungen erschollenen Verhängnis mehrere tausend Mark für die Herausgabe der Leiche geboten habe, um sie auf Kosten der Partei beerdigen lassen zu können. Dieser Feststellung, die der Polizeipräsident auf Grund amtlicher Vernehmungen bestätigte, wurde von den Kommunisten unter großem Lärm widerprochen.

Riel. Dampfer „Emiland“ hinterlegt. Am 10. Februar wurde der deutsche Dampfer „Emiland“ beim Durchfahren des Kanals der „Rote Teufel“ im Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Brunsbüttellognamm. Die „Emiland“ hat für den angerichteten Schaden nunmehr 17 000 englische Pfund, also rund 350 000 Mark hinterlegt. Der deutsche Dampfer wird unter Hilfeleistung von Hochsechleppern zum Brunsbüttellognamm Riel gebracht werden. Ein teilweises Abbrechen der Ratur erhalten. Der Dampfer „Emiland“ war nach Verbesserung seiner Schäden bereits nach Deloelund in See gegangen, hatte aber unterwegs Kesselrisiken erlitten und ist infolgedessen nach Kiel zur Vornahme einer weiteren Reparatur zurückgekehrt.

Meinhold. Ein kommunistischer Katalator. Ein kommunistischer Katalator, der sich in Meinhold verurteilt auf dem Marktplatz in Meinerfeldern eine Kundgebung der kommunistischen Partei zu veranstalten. Die Polizei verbot die Rede. Zwei Kommunisten, die den Redakteur befreien wollten, wurden ebenfalls festgenommen.

Hauen i. S. Schwere Zusammenstöße. Die Kommunisten und Erwerbslosen hatten eine Versammlung nach dem Altmatt einberufen, die unter freiem Himmel stattfand und zahlreich besucht war. Es wurde beschloffen, vor das Rathaus zu ziehen und den Einigungsverhandlungen zwischen Kat und Stadtvorständen über die von den Kommunisten eingebrachten Erwerbslosenentwürfe Nachdruck zu verleihen. Der Zugang zum Rathaus war gesperrt. Bei dem Vorgehen gegen die polizeiliche Kette benutzten die Krawaller Faustklingen und warfen mit Steinen gegen die Polizei. Die Polizei mußte zum Gummiknüppel Gebrauch machen. Es erfolgten 13 Verhaftungen.

Wechsel im Regierungspräsidium Magdeburg.

Regierungspräsident Böhmman erreicht in diesem Jahre die Altersgrenze und wird daher spätestens am 1. Oktober aus seinem Amte scheiden. Es wurde beschloffen, die Nachfolgerschaft ist noch nicht geklärt. Regierungspräsident Böhmman verläßt die Magdeburger Regierung seit über 10 Jahren, da er am 6. Januar 1920 in sein Amt eingetreten wurde. Er war vor der Übernahme der Geschäfte eines Regierungspräsidenten Oberbürgermeister von Kattowitz und zugleich auch Mitglied der Nationalversammlung. Vom Jahre 1919 bis 1924 gehörte er als Mitglied dem Preussischen Landtag an.

Der Elbe - Spree - Oder - Kanal zurückgestellt.

Kranfurt (Oder), 7. Februar. Die Kanalbauhoffnungen der Ostmark werden jetzt ebenso wieder enttäuscht, wie die Hoffnungen auf Bahnbau. Das Reichsverkehrsministerium hat erklärt, daß vorläufig nur der Mittellandkanal weitergeführt werden könne und daß die übrigen Pläne solange zurückgestellt werden müssen, bis die finanzielle

lage des Reichs sich mehr geklärt habe. Auch der Bau eines Verbindung der Oder mit der Elbe durch das Industriegebiet der Niederlausitz wird vorläufig nicht angeführt werden. Von den übrigen Kanalbauplänen kommt für spätere Zeiten vielleicht noch der Kanalbau in Frage, dessen Notwendigkeit anerkannt worden ist.

Kleine Chronik.

Schwere Bluttat bei Ring. In Bobendorf wurden bei Landwirt Johann Peterel und seine Frau Johanna in ihrer Wohnung überfallen und ermordet. Ihre beiden Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren wurden schwer verletzt gefunden. Die beiden Leichen und die Kinder weisen schwere Kopfwunden auf, die durch die Schläge mit einer Hacke entstanden sind. Der Verdacht der Täterhaft richtet sich gegen den Schlossschloßer Sudar aus Steiermark, der bei dem Landwirt als Knecht beschäftigt war und seit dem Morde flüchtig ist.

Ein Denkmahl für die Bobenerform in der Zehdenhauerstraße. In der Nähe von Chlumitz wird Anfang Mai in feierlicher Weise der Grundstein zu einem Denkmahl für die Bobenerform gelegt werden. Das Denkmahl, wofür bereits 50 000 Kronen aufgebracht wurden, wird an der Stelle stehen, wo einst der Sauermausfeldt Kuttig unterdrückt wurde, und als Mahnzeichen dienen sollen, daß das Landwird durch die Bobenerform „befreit“ wurde.

Eingefandt.

Gonderbare Berichterstattung.

Was wird geschrieben: Wenn man sich in den letzten Wochen einmal die Sportberichte des „Rebra“ anschauen kann, so muß man sagen: Rebra scheint sich zu machen. Endlich scheint auch dort der Versuch gelungen zu sein, Fußballspielen zu lernen. — Doch dieser Versuch ist doch noch sehr in den Kinderschuhen stecken geblieben, wie die Sachkundigen sagen. Ober um am meisten zu geben, müßte es heißen: Viel kann um nichts, denn Fußballspielen ist doch etwas ganz anders.

Wenn es ihnen also gelangen ist, einmal unentschieden gegen die „rote Teufel“ zu spielen, so bedeutet das noch nichts, wenn man bedenkt, mit was für Mitteln man diese „bedächtige“ Tat erlähnt hat. „Ob man den Ball trifft oder das Bein des Gegners, ist im Grunde genommen egal, denn im ersten Falle ist der Ball weg, und im zweiten Falle der Gegner mehr zu verletzt, daß er kein vollwertiger Spieler mehr ist.“ Müß man dies alles noch nicht, so kann sich auch der Schiedsrichter noch da hin und dort ein, bei der P. S. B. alldemselben. Zahlk Mann führt an den Schiedsrichter los und versucht ihn mit allerlei bunnen Redensarten zu stutzmachen, daß wenn er jetzt nicht sofort ihre Partei ergreifen würde, sie den Platz verlassen müßten. Wie lächerlich sie sich dabei vor den Zuschauer stellen können, merken sie gar nicht. Wenn sie z. B. gegen einen Spielerschen Gegner antreten, holen sie sich aus ein Stimmengeschehen fogenannte „Ergalente“ herbei, die dann angeblich bis zu 2000 Mann werden. Treten aber einmal bei einer anderen Mannschaft „rote Teufel“ ein, dann will man, nachdem man das Spiel bereits begonnen hat, plötzlich wieder den Platz verlassen. Ja, ja, die Logik fügen unsere Freunde nicht zu. Wenn man nun aber solange geschrien hat, bis schließlich bei diesem Gegen 4 Junioren eintraten und diese dann trotzdem noch 6:4 gewinnen, dann, na was soll man dann sagen? Dann spielen plötzlich in der eigenen Mannschaft 6 Junioren mit (in Wirklichkeit nur 2 Ersatzleute) und der Gegner hat sich mit der 1. Mannschaft konfrontiert, wobei man allerdings nicht daran denkt, daß diese 1. Mannschaft an diesem Tage ein höchst mündiges Bandbischpil hat, ein Spiel, wo es sich um den Witzler der Mannschaft in eine niedrigere Klasse handelt. Trodem verläßt man, den Refere mit Nachsicht anzusehen, die 1. und 2. Mannschaft dieses Vereins wäre kombiniert angetreten, weil diesbezüglicher auf ihr weiteres Verbleiben in der 1. Klasse verzichtet werden, als es zu verurteilen, gegen eine technisch und spielerisch so hervorragende Mannschaft wie die 1. Mannschaft des P. S. B. von 1924 zu spielen (?), um der sie ja noch im viel zu geringen Spielmomenten lernen können. — Bei diesem Spiel verlor man also 6:4.

Und wer darun darun? Unter hochverdienter Herr Berichterstatter meint natürlich: der Schiedsrichter! Doch ich bin der Ansicht, daß wir ihn nicht selbst nehmen dürfen. Wenn, mein Herr, die Ansicht vor, ein Berichterstatter müßte objektiv sein. Aber man kann doch auch mal eine Ausnahme machen. Denn es heißt ja: „Ausnahmen bestätigen die Regel.“ Man müßte man eigentlich einmal darüber nachdenken, was wohl die Leser denken werden, wenn es immer dann, wenn man nicht gewonnen hat, heißt, der Schiedsrichter wäre an ihrer Verlegenheit schuld. Ob dies den Refere nicht allmählich auffallen wird? — Oder hält man eventuell die Leser für so dumme? So solling wird doch wohl unter Herrn Berichterstatter nicht sein!

Die Leser Herrn möchten wir noch folgenes mitteilen: In Sportberichten erzählt man sich, im Verlag der „Kleiner Zeitung“ G. m. b. H., Kiel, Postleitzahl 69, solle man für den hohen Preis von 20 Reichspfennig die Fußballregeln des P. S. B. (Deutschen Fußball-Bundes) bekommen können. Ob es sich nicht einmal lohnen würde, Herr Berichterstatter, dieselben zu beschaffen und sie sich ein wenig anzusehen? Die Antwort auf diese Frage überlassen wir großmütig unserem verehrten Herrn Berichterstatter von der „Rebra“ Sportberichterstattung von 1924.“ Wir sind der festen Überzeugung, daß er den rechten Weg noch einmal finden wird. —

Spiel und Sport.

Rebra Sportvereinigung von 1924.

Am Sonntag findet Freundschafsspiel auf unserem Platz statt. Es spielen die Rebra Jun. gegen die Hölcher Jun. Das Spiel steht unter der Leitung des unparteiischen Schiedsrichters Böfker, hier. Es ist wieder mit einem spannenden Kampf zu rechnen, die wohl kein Sportinteressent vermissen wird.

Kirchliche Nachrichten.

5. Sonntag nach Epiphania, den 9. Februar 1930.

Gemeinlicher Reichserntungs Sonntag. 10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindefaal. Predigt über Sprüche 23, Vers 6.

12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal. 2 Uhr: Kirchengottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal. Mittags, abends 8 Uhr: Pfingststunden im Gemeindefaal. Sonntag abends 8 Uhr: Jungmännerversammlung im Gemeindefaal. Predigt wurde am 6. Febr. die Witwe Marie Schaaf, geb. Zeller im Alter von 64 Jahren.

Unterschiedlich ist die Kochzeit bei MAGGI Suppen. Beachten Sie deshalb die Kochanweisung.



Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung
am Montag, den 10. Februar 1930, abends 8 Uhr
im Gasthof „Weißes Roß“.

Tagesordnung:
1. Bürgermeisterwahl.
Nebr a, den 6. Februar 1930.
Der Stadtverordnetenvorsteher. M a y.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 9. Februar d. Js., sollen die hinter den Schrebergärten liegenden Parzellen auf die Dauer von sechs Jahren öffentlich verpachtet werden.

Die Pachtzeit beginnt am 1. April 1930 und endigt am 31. März 1936.

Die Verpachtung erfolgt an Ort und Stelle. Treffpunkt: Vormittags 11 Uhr am Kugelweg. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Nebr a, den 6. Februar 1930.

Der Magistrat. J. S. Meis.

• Schützenhaus Nebra •
Thüringer Operetten-Theater

Am Sonntag, den 9. Februar, abends 8 Uhr:

Raubvögel über dem Rauneckhof

Schauspiel in 5 Akten
nach dem gleichnamigen im Nebraner Anzeiger erscheinenden Roman. — Dramatisiert von Die. G. Hüppel.

Eintrittspreise: Saalplatz 0,80 Mk., Gallerie 0,50 Mk.

Nachmittags 3 Uhr:

Schneewittchen und die sieben Zwerge

Märchen in 5 Akten.

Saalplatz 0,40 Mk., Gallerie 0,30 Mk.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 9. Februar, abends 8¹/₂ Uhr

Rausch

feiner

Die Liebe im Wolkenkratzer

Es ladet freundlich ein **Borgwardt.**

Vitzenburg-Preitz.

Sonntag, 9. Februar
von nachm. 3 Uhr an:

Preis-Stat.

Hierzu ladet freundlich ein **Paul Henke.**



Der historische Grossfilm
Die Seelchacht am Skagerrak

Die größte Seeschlacht aller Zeiten, wie sie wirklich war.
Mit **Begleitvortrag** durch **Korvettenkapitän a. D. Diestel**

Teilnehmer an der Schlacht auf dem Schlachtschiffe „Potsdam“, einem der Führerschiffe der Hochseeflotte.

Nach amtlichem Material. Zeitungskritiken sehr günstig.

Außerdem läuft der Film:

Hindenburg auf der Tannenfeier in Ostpreußen.

Montag, d. 17. Februar, 4¹/₂ u. 8¹/₂ Uhr im „Preuß. Hof“

Eintrittspreise: 70 Pfg., für Schüler 4¹/₂ u. 80 Pfg.

Auch Jugendliche haben Zutritt!

Veranstalter: Kapitänleutnant d. R. a. D. Mumm.

Seltene Gelegenheitskäufe
in gebrauchten **Radio-Apparaten:**

1 **Elstree-Solodyne 5-Röhren-Neutro-Schrankapparat** 108 cm breit, 124 cm hoch, mit ständender Fernschärfe und besprechender Klangreinheit, neuwertig. Mk. 325.—

1 **Vogel-Low-Loss 5-Röhren-Empfänger** in gutem Zustande — mit Röhren. Mk. 100.—

1 **Dr. Seibt-4-Röhren-Empfänger** mit Röhren. Mk. 80.—

ferner verschiedene 3-, 2- und 1-Röhrenapparate sehr preiswert.

Radio-Fürstmann, Rossleben

Zur Ausführung von Strickarbeiten

aller Art, wie

Westen, Pulllover, Schals, Strümpfe usw. empfiehlt sich

Helene Pernutz, Großwangen, Schachtanlage

Radf.-Bereinigung
Nebr a und Umg.
Heute abend
General-Versammlung

im „Schützenhaus“
Erscheinen aller Mitgl. in Pflicht.
Der Vorstand.

CHRONIK
VON NEBRA

Heft 1
zum Preise von RM. 1.80
vorhändig. Heft 2 und Folge
sofort nach Erscheinen lieferbar.
Walter Schanz, Nebr a:

Beste Braunschweiger
Gemüse- und Früchte-Konserven
zu stark herabgesetzten Preisen!
Junge Schnittbohnen 2-Boh. **nur 66 Pfg.**
Beachten Sie bitte meine Anzeigen und Preise.
August Oelschig, Breitestraße 29

Auch im Jahre 1930
wird das
Miele-Rad
dank seiner unübertroffenen
Güte und Preiswürdigkeit die
bevorzugte Marke des an-
spruchsvollen Käufers sein.
Fahren Sie „Miele“
es ist Ihr Vorteil!
Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Angestellte und Arbeiter

Waltersmanns
Wollschirfte
Freude am Bild
Freude am Wort
dem geliebten Weihnachtsbuch „Waltersmanns“.
In Inhalt und Darstellbarkeit die schönste
und mit dem Gebrauche von 2 Wert die höchste
Befriedigung bietend.
Mit der Billigkeit Waltersmanns Monatsheft-Klassen
ohne Erhöhung des Verkaufspreises.
Probieren Sie kostenlos
bei Entsendung dieser Karte und 30 Pf. Porto
Verlag von „Waltersmanns Monatshefte“, Braunschweig

Aufklärung an den Mittelstand!
Die sicherste Anlage für Spareinlagen ist das
Sparbuch
bei einer mündelsicheren öffentlichen Sparkasse.
Wer RM. 84.— auf ein Sparbuch einzahlt,
erhält nach 3 Jahren RM. 104,35.
Bei Höchstverzinsung erhöht sich noch der Gewinn.
Die Spareinlagen
fließen in Form von billigen kleinen und kleinsten Darlehen
an den um seine Existenz schwer ringenden
Mittelstand.
Sparer, denkt an die örtliche Notlage!
Unterstützt durch Ihre Einlagen bei uns
die heimische Wirtschaft!
Stadtparkasse Nebr a.

Vorteilhaft für Jedermann
ist die Errichtung eines Sparkontos. Es ermöglicht die
Einzahlung von vorübergehend entbehrlichen Geldern auf
tägliche Rückforderung oder die Einlage jeden Betrages
gegen Kündigung zu den günstigsten Zinssätzen.
BANKVEREIN ARTERN Sprüngerls, Büchner & Co., **Abtlg. NEBRA a. U.**
Kom.-Ges. auf Aktien
— Gegründet 1862 —

Wetzendorf
Sonntag, den 9. Februar, von nachm 2¹/₂ Uhr ab
Preisskat.
Ihm rege Beteiligung bietet **Schöneburg.**
Alle
Rundfunk-Zeitungen
sowie das
Rundfunk-Jahrbuch
für 1930 beziehen Sie
vorteilhaft von Buchhandlung
Walter Schanz, Nebr a

Frische Luft

stärkt Ihre Lunge. Beim Sport,
auf Reisen oder Wanderungen er-
fordert Ihre Gesundheit Schutz und
Pflege. Sie kräftigen Hals und
Atemwege durch ständigen Ge-
brauch von Kaiser's Brust-Caramellen,
die als sicher und schnell wirkendes
Mittel bei Husten und Katarrh
Weirath besitzen. Mehr als
18.000 Zeugnisse.
Bottel 40 Pfg. Dose 50 Pfg.
Gebräuchen Sie stets
Kaiser's
Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen
In haben bei: Adler-Dragerle
W. Gutschalks, Nebr a;
Aug. Oelschig, Nebr a
und im Platze hiebtbar.

N. S. V. 24
Sportplatz unterhalb der
Altenburg
Sonntag, den 9. Febr. 1930
Fußball-
Freundschaftsspiel
N. S. V. 24 / Eintr. Nebleben
Junioren
Anstoß 1¹/₂ Uhr.

Lopfföhner
(tief und flach) in allen
Größen liefert
R. Barthel.
Vergilten
Bonbons
faulen
Hoffen
Heiserkeit
Bronchialkatarrh.
In allen Apotheken
und Drogerien erhältlich.

Der oberchlesische
Wanderer
Verlag: Gleiwitz — Gegründet: 1828

Bei weitem verbreitetste
Tageszeitung Oberchlesiens
Erlangreiches Anzeigenblatt

Dank
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
sowie für die überaus reichen Kranzsenden
beim Heimzuge unserer lieben Mutter, der
verw. Bahnvorsteher Frau Marie Schaaß
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Besonderen Dank Herrn Pastor Hoyer für seine
tröstlichen Worte am Grabe, sowie Herrn Dr.
med. Schmiedehausen und Schwester Johanna
für ihre Aufopferung während ihres Leidens.
Ferner danken wir dem Eisenbahner-Verein
für das freiwillige Hintragen und allen denen,
die sie zur letzten Ruhe geleiteten.
Nebr a U., den 6. Januar 1930.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frl. Marie Schaaß.

Nebrar Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.50 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Vorkassentonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 48 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aitern.

Nr 17

Sonnabend, den 8. Februar 1930

43. Jahrgang

Youngplan im Reichsrat der Reichsrat.

Die „Vorteile“ des Neuen Plans.

Am Berlin, 6. Februar.
Die Vollziehung des Reichsrats beschließt sich mit dem Ergebnis der Haager Konferenz. Der Generalbericht, erläutert, Ministerialdirektor Dr. Bredt, stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten nach dem Neuen Plan einschließlich der Zahlungen für die Vereinigten Staaten ohne die Dawesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Millionen (für die ganze Zeit 1807 Millionen) betrage, also mit der Dawesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark.
Die Entlastung für 1929 betrage, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommission berücksichtigt, 618,3 Millionen Mark, für 1930 665,1 Millionen Mark, und der Gegenwertwert der ganzen Reparationsschuld betrage sich auf rund 34 Milliarden Mark zu 5,5 Prozent. Diese Zahlungsart sei richtig. Man könne nicht statt dessen die Annuitäten einfach abdrücken und sagen, daß unsere Schuld 100 Milliarden betrage. Die jetzige Bemessung der Gesamtschuld auf rund 34 Milliarden Gegenwertwert erweise, bei weiterer unangünstiger Wirtschaftsentwicklung, nicht die Verhältnisse herbeizuführen, dritten die faillitropen wirtschaftlichen Folgen einer Ablehnung, wiewohl der Fortfall der Finanzkontrolle, hätten die Ausschüsse veranlaßt, trotz der ungeheuren Gesamtschuld die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. Die Ausschüsse hätten sich ferner davon überzeugt, daß nach dem neuen Abkommen die Sanctionskraft des Verfallens Vertrags hinsichtlich der Reichsbahn und Reichsbank würden jetzt rein deutsche Unternehmungen mit rein deutschen Vorständen und Verwaltungen sein.
Für die bayerische Staatsregierung bedauerlich der bayerische Ministerpräsident Held,

daß im Hinblick der bayerische Verfassungsantrag abgelehnt worden sei. Die Forderung des Reiches, der Länder und Gemeinden teils einer Sanctionskraft zu. Ohne eine vorherige Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen. Ueberdies sei das Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldlüge aufgebaut. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu erwarten, wenn nicht im gleichen Augenblick gewisse Vorteile für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden getroffen sei.
Reichsaussenminister Dr. Curtius wandte sich gegen die Bemerkung des Vorredners, daß das neue Abkommen auf der Kriegsschuldlüge aufgebaut sei. Dazu habe er zu erklären:
Erfolgs habe die gegenwärtige Reichsregierung wie alle anderen Regierungen das Kriegsschuldverhältnis des Verfallens Vertrags eingestrichen und werde alles daran setzen, um die Wahrheit an Licht zu bringen; zweitens hätte die deutsche Regierung niemals einen Vertrag vertreten, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldverhältnisses in sich geschlossen hätte.
Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die ernstlichen Bemühungen der Reichsregierung, schleunigst die Reichsschulden zu sanieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten. Die Arbeiten seien so weit gefördert, daß heute das Reichsministerium sich mit seinen Vorläufern zum Haushalts 1930 beschäftigen werde. Ende nächster Woche werde er mit den Finanzministern der Länder beraten, vor allem über die Beilegung der Reichsschuld.

Die Abstimmung.
Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der neue Plan mit 4 gegen 6 Stimmen (Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Niederschlesien und Pommern) und bei 12 Enthaltungen (Bayern und Weimarer-Schweizer) angenommen.
Beseitigung der Sanctionsbestimmungen.
Eine Stellungnahme der Reichsregierung.
Am Berlin, 7. Februar.
Angehts der gegenwärtigen Erörterungen über die Sanctionsfrage nimmt die Reichsregierung selbst zu der Haager Sanctionsverhandlungen in der

Denkschrift zu dem Geleitentwurf über die Haager Konferenz.

Stellung. In dieser Denkschrift wird u. a. ausgeführt: „Es handelt sich bei dem Haager Abkommen nicht um einen Vertrag, der einen bestimmten Fragenkomplex zum ersten Male regelt.“
Nähermehr war es die Aufgabe des Abkommens, eine in Kraft befindliche frühere Regelung zu ändern, die positive Sanctionsbestimmungen enthält.
Die im Haager Abkommen selbst und in dem ersten Teil der Erklärungen getroffenen Feststellungen enthielten noch eine Lücke, die wenigstens vom prinzipiellen Standpunkt aus bedenklich war. Es erhob sich nämlich die Frage, ob nicht die Gegenstände eines Tages mit der Behauptung hervorzuhalten außerhalb des Neuen Plans gestellt habe, daß es sich infolgedessen nicht mehr auf

die besonderen Regeln und Verschärfungen dieses Planes berufen könne und daß automatisch die früheren Vertragsbestimmungen wiederauflieben. Sollte das Sanctionsproblem von Grund aus gelöst werden, so müßte auch gegenüber einer solchen Möglichkeit Sicherungen geschaffen werden. Das konnte nicht anders geschehen als dadurch, daß die Voraussetzungen, unter denen man wirklich von einer Beendigung des ganzen Regimes des Neuen Plans sprechen dürfte, klar definiert wurden, daß ferner die Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen oder nicht, der Entscheidung einer unparteiischen Instanz übertragen wurde.“
Gemeinsames Vorgehen der Mächte.
Hätte man verstanden wollen, ausdrücklich festzustellen, daß die Gläubigermächte oder wenigstens die Hauptgläubigermächte von der Handlungsfreiheit nur gemeinsam Gebrauch machen dürften, so hätte die Notwendigkeit ergeben, über die Beibehaltung einer Urbeschränkung anzudeuten, über den Fall der Nichtübereinstimmung genauer Bestimmungen zu vereinbaren.
Mit Bestimmungen solcher Art hätte man sich, wenigstens im Prinzip, doch wieder dem alten Sanctionsregime genähert.
Auch der Gehalts, die Anrufung des Gerichtshofes selbst nur der Gesamtheit der Gläubigermächte oder der Hauptgläubigermächte zu gestatten, ließ sich nicht verwirklichen. Einmal würde es auch bei einem Vertrage, an dem auf der einen Seite eine Mehrheit von Mächten beteiligt ist, nicht dem Willen eines internationalen Rechtsverfahrens entsprechen, die Einleitung eines solchen Verfahrens an einer gemeinsamen Mehrheit dieser Mehrheit von Mächten zu binden. So ist auch die Anrufung des Schiedsgerichts des Neuen Plans, wie in Ziffer 66 des Berichts der Sachverständigen ausdrücklich betont wird, einer einzelnen Gläubigermacht gestattet.
Wichtiger aber ist, daß eine Bindung der erwähnten Art nicht einmal dem deutschen Interesse entsprechen könnte. Das nach dem Status des Haager Gerichtshofes gegebene Interventionsrecht jeder an den Vereinbarungen beteiligten Macht gibt die volle Möglichkeit, etwaige Verletzungen in der Haltung der Gläubigermächte zur Auswirkung gelangen zu lassen.“

Annahme des Reichsbank- und des Reichsbahnangeleges.
Im weiteren Verlauf der Reichsratsitzung wurde das Reichsbankgesetz angenommen, und zwar mit einem Antrag der Stadt Berlin, wonach Schuldschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollen wie die des Reiches oder die der Länder. Der Antrag Berlin wird mit 38 gegen 23 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärt, daß sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalten hat. Das Reichsbankgesetz wird dann mit der dazu beantragten Entschließung in einfacher Abstimmung angenommen.
Ohne Aussprache wird dann auch das Reichsbahngesetz mit Mehrheit angenommen, ebenso das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.
Auch das Polenabkommen angenommen.
Freiherr von Gausl erklärte, das deutsch-polnische Abkommen sei für die Vertreter des deutschen Ostens unannehmbar. Ueber dieses Abkommen sollte daher gehandelt abgestimmt werden.
Reichsaussenminister Dr. Curtius betonte, für die Reichsregierung würde eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens unannehmbar sein.
Ein sprecherlicher Antrag auf Streichung des deutsch-polnischen Abkommens aus dem Gesetz wird abgelehnt, und zwar mit 37 gegen 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen.
Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Posen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Weimarer-Schweizer. Enthaltungen haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

Die unveränderte Verhandlungsliste wurde mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

In London: Die Schiffsfrage.

Amerikanisch-englische Verständigung.
London, 6. Februar.
Die Vereinigten Staaten und England sind übereingekommen, im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von zehn Jahren eintreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen, unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen auf weitere fünf Jahre, bis Ende 1936, verlängert wird. Diese Verständigung soll auf der Konferenz erst bei Beratung der Schiffsfrage alten Vertretern vorgelegt werden.
Der japanische Vertreter ist jedoch bereits verständigt worden. Man erwarde, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer versuchen weiter eine Einschränkung der U-Boot-Kräfte zu erreichen an Stelle der Schiffsfrage, und verneint, die Tonnage für die U-Boote auf 100 000 Tonnern zu begrenzen, während Frankreich 124 000 Tonnern fordert.
Kritische Lage der Flottenkonferenz.
In den Berichten der Morgenblätter über die Verhandlungen der Flottenkonferenz wird jenseitig nur der äußere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird an heiklere Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich zum ersten Male eine neue Front abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während sich Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlösbar erscheine wie bisher.
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt im Gegenzug dazu, daß die Sitzung in völliger Verwirrung endete und einen toten Punkt der Konferenz nahekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach Amerika in dem nun langsam beginnenden Kampf um Zahlen den Anfang machen und Vorschläge oder einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

Schober in Rom.
Am 6. Februar.
Der Bundeskanzler hat, was über Italien nicht ein Nachbarland, Österreich, Italien, Österreich in weiner Rängler den meisten Schultern um dem Empfang sich darüber, daß worden ist.
Ebenso wie die sich unmittelbar anknüpfender Akt für die langem darauf sich nach allen Seiten in Siedeuropa
diesen Punkten gegen Belgard reich ist darum als fast zu Rom selbst bemerkbare Annäherung zwischen Wien und Budapest wird darum in Rom nur begrüßt.
Desterreich kann nur eine Politik des Ausgleichs und des guten Einvernehmens nach allen Seiten hin treiben und gerade wer in Deutschland die immer engere Verbindung des Stabes mit dem Reich wünscht, wird es begrüßen, wenn dieses Desterreich sich wieder eine Stellung zu erlangen vermag, die einen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und Wiederaufstieg ermöglichen kann. Neutralität in freundschaftlichem Geiste schließt die engere Verbindung zwischen Wien und Berlin nicht aus.
Zwischen Wien und Rom liegt Bozen, Südtirol.
Wenn die Verhandlungen aus Wien zutreffen, mit Schober mit aller Vorlicht, aber doch mit gebotener Deutlichkeit darüber aufmerksam machen, daß für die Entwidlung der deutsch-italienischen Freundschaft die Stellung Italiens zu Südtirol nicht gleichgültig ist.
Vielleicht, daß es möglich ist, einen Modus zu finden, der Stabes nun einmal gegebene politische Ziele bei gewordenen Verhältnissen fördert, daß aber dafür das

